

17.12.2009

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

- Drucksachen 14/9700 und 14/10090 (Ergänzung) -

in der Fassung nach der 2. Lesung

- Drucksachen 14/10200 - 14/10206, 14/10208, 14/10210 - 14/10215 und 14/10220 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur 3. Lesung
- Drucksache 14/10400 -

Der Haushalt 2010: Bilanz des finanzpolitischen Scheiterns

Der Haushalt 2010 ist die finanzpolitische Schlussbilanz der Landesregierung für die 14. Wahlperiode. Er ist ein Dokument des finanzpolitischen Scheiterns.

Die Landesregierung hat unter unvergleichlich viel besseren finanziellen Rahmenbedingungen gearbeitet als die Vorgängerregierung in der 13. Wahlperiode. Das belegen zwei Zahlen eindrucksvoll: Vom Beginn des Jahres 2000 an bis Mitte 2005 betrug die Steuereinnahmen 192,02 Mrd. Euro¹. Von Mitte 2005 bis Ende des Haushaltsjahres 2010 plant die Landesregierung eine Steuereinnahme von 212,33 Mrd. Euro. Finanzminister Linssen konnte also über 20,31 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen verfügen als seine Vorgänger. Dennoch hat er mit 22,3 Mrd. Euro Neuverschuldung lediglich 4,3 Mrd. Euro weniger neue Schulden gemacht als die Finanzminister in den Jahren davor (26,6 Mrd. Euro).

Die rasant wachsenden Steuereinnahmen kamen vor allem durch die unerwartet stark wachsende Wirtschaft im Zeitraum von Mitte 2005 bis Mitte 2008 zustande. In dieser Zeit der "fetten Jahre" hätte die schwarz-gelbe Landesregierung im Landeshaushalt Strukturveränderungen herbeiführen können und müssen. Und sie hätte Vorsorge treffen müssen für kommende "magere Jahre". Beides hat sie versäumt. Schlimmer noch: Die Landesregierung hat dieses Geld nicht genutzt, um einen politischen Schwerpunkt bei den drängenden Zukunftsaufgaben zu setzen: Bildung und Innovation, Jugend und Familie. Der Landesregierung hat die

¹Die Steuereinnahmen des Jahres 2005 wurden hälftig zugerechnet.

Datum des Originals: 17.12.2009/Ausgegeben: 17.12.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Kraft und der Wille zu einer Schwerpunktsetzung im Haushalt gefehlt. 20 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen sind weder zum Schuldenabbau noch für politische Gestaltung genutzt worden, sie sind im Haushalt schlicht versickert.

Das Scheitern der Landesregierung und der schwarz-gelben Koalition wird auch in einer Vielzahl von Untersuchungen und Rankings der Länder untereinander deutlich: NRW verliert den Anschluss, NRW fällt im Ländervergleich immer weiter zurück.

Finanzminister Linssen: Vom selbsternannten "ehrbaren Kaufmann" zum Rekordschuldenminister

Auch die Beratungen über den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für den Landeshaushalt 2010 standen ganz im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Dadurch bedingt hat Nordrhein-Westfalen Steuerausfälle sowie eine steigende Neuverschuldung zu verzeichnen. Leider verzichtet die Landesregierung wie auch beim Landeshaushalt 2009 darauf, eigene konjunkturelle Impulse für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen zu setzen.

Buchungstricks halten Nettoneuverschuldung unter Rekordwert

Um vor der nächsten Landtagswahl am 9. Mai 2010 nicht den Titel des "NRW-Rekordschuldenministers" tragen zu müssen, greift der Finanzminister zu Buchungstricks im Landeshaushalt, damit die etatisierte Nettoneuverschuldung in Höhe von 6,57 Milliarden Euro um jeden Preis unterhalb der für die Landesregierung magischen Grenze aus dem Jahr 2004 bleibt.

1,425 Milliarden Euro werden daher im Landeshaushalt nicht ordnungsgemäß berücksichtigt:

- mindestens **525 Millionen Euro** Mindereinnahmen durch das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der Bundesregierung. Der Ministerpräsident hat die gesamten Mindereinnahmen des Gesetzes für Nordrhein-Westfalen auf insgesamt 885 Millionen Euro (Pressemeldungen vom 28. Oktober 2009) beziffert. Der Finanzminister veranschlagt in seiner Ergänzungsvorlage für das kommende Jahr lediglich 360 Millionen Euro. Im Entwurf des Bundesgesetzes ist aber ausdrücklich festgelegt, dass die Änderungen zum 1. Januar 2010 in Kraft treten. Ein Finanzminister ist dazu verpflichtet, alle bekannten Belastungen in dem Haushaltsjahr zu etatisieren, ab dem diese Beschlüsse gelten. Deshalb gebietet der Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit eine seriöse Etatisierung der vollständigen Summe. Stattdessen versucht der Finanzminister die nicht etatisierten Mindereinnahmen in Höhe von 525 Millionen Euro hinter die Landtagswahl in das Haushaltsjahr 2011 zu verschieben. Der Finanzminister erweist sich also als Haushaltstrickser und nicht als "ehrlicher Kaufmann".
- noch zurückzuerstattende Überzahlungen der Kommunen in den Solidarpakt Ost in Höhe von **900 Millionen Euro**.

Damit ergibt sich eine tatsächliche Nettoneuverschuldung für das Jahr 2010 in Höhe von gerundet 8,0 Milliarden Euro!

Mangelhafte Vorsorge für wirtschaftlich schlechte Zeiten

Die Landesregierung hatte seit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 ständig steigende Steuereinnahmen zu verbuchen:

So stiegen in den Jahren vor der Wirtschaftskrise von 2005 (34,7 Milliarden Euro) bis 2008 (42,1 Milliarden Euro) die Steuereinnahmen um 7,4 Milliarden Euro. Selbst im Krisenjahr

2009 liegen die erwarteten Steuereinnahmen in Höhe von 38,5 Milliarden Euro noch um 3,8 Milliarden Euro höher als im Jahr 2005.

Trotz der positiven Konjunktorentwicklung ist der Schuldenberg des Landes Jahr für Jahr auf ein Rekordhoch angewachsen: Die Landesregierung gibt die Schuldenhöhe für 2010 mit 129,1 Milliarden Euro an. Tatsächlich sind es aber 130,8 Milliarden Euro.

Legt man nun den eigentlichen Schuldenstand im Jahr 2010 zugrunde, hat die schwarz-gelbe Landesregierung fast 24 Milliarden Euro in den Haushalten versickern lassen, ohne Vorsorge für die Wirtschaftskrise zu treffen oder auch ein eigenes NRW-Konjunkturpaket aufzulegen.

Wäre in der Zeit der guten Konjunkturentwicklung 2005 bis 2008 Vorsorge getroffen worden, könnten jetzt die Konjunkturbelastungen ohne neue Schulden aufgefangen werden und ein neues Rekordschuldenhoch vermieden werden.

Die Einzelpläne des Haushaltes machen wie in den Vorjahren deutlich, dass Schwarz-Gelb wiederum keine politische Schwerpunktsetzung vorgenommen hat. Für die SPD-Landtagsfraktion ist eine Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf auch vor dem Hintergrund der nachfolgenden Vielzahl an Kritikpunkten in den Einzelplänen nicht verantwortbar.

1. Ministerpräsident und Staatskanzlei

Im Stellenplan der Staatskanzlei fanden sich im Haushalt 2005 1. Nachtrag (vor der Landtagswahl) 341 Stellen, davon 94 Stellen im höheren Dienst. Im Haushaltsplan 2010 finden sich 376 Stellen, davon 133 im höheren Dienst.

Nach einer durch die Staatskanzlei vorgelegten Übersicht wird der Stellenzuwachs mit der Umressortierung des Bereichs Kultur 2005, (37 Stellen, davon 17 höherer Dienst) und Zwängen bei der Regierungsneubildung 2005 und politischer Schwerpunktbildung 2008 erklärt, die 32 Stellen, davon 25 im höheren Dienst, ausgemacht hat.

Fünf Jahre nach dem Regierungswechsel sind die zusätzlichen Stellen immer noch da, obwohl die Regierung inzwischen "alt" ist. Die Gesamtzahl der Stellen ist zwar von 410 auf 376 zurückgegangen und liegt nur noch 35 über dem Stand von 2005 - es wurde ausschließlich im mittleren und einfachen Dienst gespart. Vom Aufwuchs von 42 Mitarbeitern im höheren und 18 Mitarbeitern im gehobenen Dienst sind bis auf drei Stellen im höheren Dienst in der Summe noch alle zu finden. Am Ende der Legislaturperiode steht fest: Die Staatskanzlei wurde zur Beute der CDU gemacht.

Auch das Kräfteverhältnis zwischen der Regierung und dem Parlament wurde neu justiert. Im Jahre 2005 hatten Landtag und Staatskanzlei mit 341 Stellen Staatskanzlei und 323 Stellen im Landtag nahezu die gleiche personelle Ausstattung. Nachdem der Landtag in der Zwischenzeit mehr als jede zehnte Stelle verloren hat und allein von 2009 auf 2010 weitere 7 Stellen verlieren soll, liegt der Landtag nunmehr 90 Stellen hinter der Staatskanzlei. Deutlicher kann eine interessengeleitete Haushaltspolitik nicht dokumentiert werden.

Die Regierung musste einräumen, dass der Leiter der Abteilung III der Staatskanzlei, Boris Berger, wiederholt an Sitzungen des Landesvorstands der CDU in dienstlicher Funktion teilgenommen hat. Weiterhin sind E-Mails aufgetaucht, in denen aus der Staatskanzlei der CDU-Landesgeschäftsstelle Hinweise auf die Durchführung einer Kampagne gegen die Oppositionsführerin Hannelore Kraft gegeben wurden. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass

die Staatskanzlei mit ihren steuerfinanzierten Ressourcen die Funktion der desolaten Landesgeschäftsstelle der CDU übernimmt.

Auch ein Blick in weitere Haushaltstitel im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten stützt diesen Befund: Der Ansatz für Beratungskosten durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte wurde von 49.600 Euro in 2005 auf 320.000 Euro in 2010 angehoben. Der Ansatz für Gutachten und Forschungsaufträge von 46.500 Euro in 2005 auf 325.000 Euro in 2010, obwohl die Zukunftskommission bereits beendet ist.

Besonders bemerkenswert ist der Ansatz von 800.000 € für Fachkongresse und Symposien in 2010 gegenüber 25.500 Euro in 2005. Aus diesem Titel soll eine Neuauflage der "Petersberger Convention" finanziert werden, der im Jahr 2009 erstmals stattfand. Keine zwei Monate vor der Landtagswahl am 9. Mai 2010 will die schwarz-gelbe Landesregierung eine überdimensionale Imageveranstaltung für Ministerpräsident Rüttgers in einem Nobelhotel auf dem Petersberg durchführen. Jeder freiwilligen Feuerwehr im Land ist zu diesem Zeitpunkt untersagt, bei einem Kinderfest eines Landtagskandidaten ein Löschfahrzeug vorzuführen. Der Ministerpräsident lädt hingegen mitten im Wahlkampf zu Lasten der nordrhein-westfälischen Steuerzahler über 1.000 Gäste zur "Petersberger Convention" mit Kosten bis zu 800.000 Euro ein. Das ist und bleibt ein riesiger Skandal.

Einnahmen aus Glücksspielerträgen müssen gesichert werden - Destinatäre brauchen stetige verlässliche Zuwendungen!

Die Einnahmen aus Wettspielerträgen sind seit mehreren Jahren stetig rückläufig. Auch in den nächsten Jahren ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Einnahmesituation positiv entwickelt, zumal der von NRW ratifizierte Glücksspielstaatsvertrag keine rechtssichere Grundlage für die Sicherung des Glücksspielmonopols darstellt. Die schwarz-gelbe Landesregierung von Schleswig-Holstein hat angekündigt, den Glücksspielstaatsvertrag zu kündigen. Spätestens 2012 muss über die Zukunft des Glücksspielwesens in Deutschland entschieden sein. Damit ist sehr fraglich, ob und in welcher Höhe Einnahmen aus den Glücksspielerträgen dauerhaft eingeplant werden können.

Die von den Stiftungen, Verbänden, Vereinen, Einrichtungen und Organisationen, die bisher aus den Glücksspielerträgen Zuweisungen erhalten haben, erbrachten Leistungen sind unverzichtbar für unser Land. Die rückläufigen Einnahmen haben dort zu regelmäßigen Kürzungen der Zuweisungen geführt, die nur zum Teil durch Einsparungen und Umstrukturierungen kompensiert werden konnten. Einige Empfänger waren gezwungen, zur Finanzierung laufender Ausgaben ihre Substanz anzugreifen.

In NRW betrifft dies folgende Destinatäre:

- die Kunststiftung NRW
- die Sportstiftung NRW
- der Landessportbund für die Entwicklung des Breitensports
- der Westdeutsche Fußball- und Leichtathletikverband und seine Regionalverbände für ihre Sportschulen und Sportheime
- der Landessportbund zur Finanzierung seiner satzungsgemäßen Arbeit
- das Deutsche Sport- und Olympiamuseum
- die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege
- die Rennvereine (Verein zur Förderung der Vollblut und Traberzucht)
- die Stiftung für Umwelt und Entwicklung
- die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
- die Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege
- anerkannte Hilfeeinrichtungen für Spielsüchtige
- die Dombauvereine.

Diese Empfänger brauchen für die laufende und die nächste Legislaturperiode eine auskömmliche Finanzierung und mittelfristige Planungssicherheit. Die bisherigen Empfänger von Glücksspielerträgen dürfen nicht in dieser unsicheren Situation belassen werden, die ihre Arbeit und Existenz gefährdet. Damit deren Aufgaben auch in Zukunft verlässlich ausgeführt werden können, bedarf es zur Verteilung der Mittel, aber auch zur Garantie einer Mindestausstattung, einer klaren Regelung.

Das Land muss den bisherigen Empfängern aus Glücksspielerträgen Mindestzuweisungen garantieren, die für den Fall, dass die Einnahmen hinter der Summe der Mindestzuweisungen zurückbleiben, aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Zum anderen sind den Destinatären - im Einzelfall auch förderfähigen Zwecken - feste Anteile aus dem Aufkommen der Glücksspielerträge zuzuweisen.

2. Kinder, Jugend, Familie

Noch bis ins letzte Jahr hinein konnte man den Eindruck gewinnen, das sogenannte Kinderbildungsgesetz steigere den Ausbau der Plätze für unter Dreijährige auf Kosten der Qualität exakt bis zum notwendigen Limit - heute ist jedoch klar: Diese Landesregierung hat noch nicht einmal das erreicht.

Die Ausbautzahlen sprechen für sich: Während für das Jahr 2008 eine Zahl von 70.000 Plätzen angestrebt wurde (erreicht wurden tatsächlich 42.632), kam im März 2009 der große Dämpfer für den Kinder- und Jugendminister: 52.508 Plätze zählte das statistische Bundesamt, rund 86.000 sollten es laut Planung der Landesregierung werden. In Pressemitteilungen wird über das ganze Jahr hinweg dreist behauptet, diese Zahl sei zu erreichen, während man im März die Zielzahl des Vorjahres um fast 18.000 Plätze unterschritten hat.

Diese Landesregierung präsentiert noch am 15. September 2009 in einer Ausschussvorlage für den Haushaltsplan 2010:

- in 2008 gab es 70.000 U3-Plätze: Das ist falsch.
- in 2009 wird es 86.000 U3-Plätze geben: Das ist unerreichbar.
- in 2010 wird es 112.500 U3-Plätze geben: Das ist völlig utopisch.

In Wahrheit wird die Diskrepanz zwischen den Ausbauzielen und den tatsächlich vorhandenen Plätzen immer größer und in Nordrhein-Westfalen werden rund 10.000 U3-Plätze pro Jahr geschaffen. Das wird sich auch nicht ändern, wenn nicht die Landesregierung endlich handelt und eine echte Anreizstruktur für die Kommunen schafft, statt sich ständig über sie zu beschweren. Immerhin sind es die Kommunen, die ab 2013 gemäß Kinderförderungsgesetz den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz umzusetzen haben.

Beim U3-Ausbau hat die schwarz-gelbe Landesregierung ihre eigenen Ziele um Meilen verfehlt. Doch das ist nur ein Punkt auf der langen Liste von Fehlern im Bereich der frühkindlichen Bildung:

- Das Land schafft keinerlei Anreize, um die Kindergartenbesuchsquote der Drei- bis Fünfjährigen zu erhöhen, obwohl alle Expertinnen und Experten die Relevanz dieser vorschulischen Bildung für die späteren Erfolge immer wieder betonen. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur Schlusslicht bei den unter Dreijährigen, sondern weist auch in dieser Altersgruppe unzulängliche Besuchsquoten auf. Dabei zeigen Erfahrungen in anderen Bundesländern, dass durch erprobte Maßnahmen vor allem Kinder aus sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen für Kindertageseinrichtungen gewonnen werden können.

- Mit der Kommunalisierung der Beitragssätze für die Kindertagesbetreuung durch das KiBiz hat diese Landesregierung den Preis, den Eltern für frühkindliche Bildung zahlen, zur Glückssache gemacht. Je nach Wohnort der Eltern kann es passieren, dass Millionäre in der einen Region des Landes nahezu von den Kita-Gebühren befreit werden, während in anderen Regionen Eltern mit durchschnittlichen Einkommen viele hundert Euro für die gleiche Leistung bezahlen.
- An vielen Stellen hat sich gezeigt, dass der zum Teil ideologisch begründete Systemwechsel bei gleichzeitigem Ausbau der U3-Plätze gründlich misslungen ist. Das haben auch die Beschäftigten in den Einrichtungen zu spüren bekommen: Sie müssen wegen der Öffnung vieler Gruppen für Zweijährige mit einer Situation fertig werden, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet wurden und erhalten zunehmend befristete oder Teilzeitverträge. Statt jedoch die mit den neuen Herausforderungen dringend benötigten Kompetenzen der vorhandenen Kräfte zu bündeln und systematisch weiter zu entwickeln, sind die Kindpauschalen so berechnet, dass eine Weiterqualifizierung mit entsprechenden Freistellungen kaum möglich ist. Gleichzeitig sorgten sich die Kinderpflegerinnen und andere Ergänzungskräfte um ihre Arbeitsplätze. Sie sollen nun an hektisch zusammengeschusterten Fortbildungen teilnehmen, die weder zahlenmäßig noch inhaltlich den heutigen Anforderungen gerecht werden. Der in dieser Gemengelage entstehende Stress wirkt sich auch auf die Kinder aus.
- Aufgrund einer unerklärlichen Idee des Familienministers soll es in Nordrhein-Westfalen sage und schreibe 3.000 Familienzentren geben. Dabei zeigen alle Stellungnahmen von Expertinnen und Experten sowie die Erfahrungen in den bestehenden Einrichtungen, dass die Familienzentren eklatant unterfinanziert sind, wenn sie ihre Aufgaben wirklich ernst nehmen sollen. Diese können nicht für eine monatliche Zahlung von 1.000 Euro erbracht werden.
- Mit der lückenlosen und im Ergebnis zweifelhaften Testung aller Kinder geht Nordrhein-Westfalen einen Sonderweg, um die mehr als fragwürdige Summe von 340 Euro für eine „zusätzliche Sprachförderung“ zu verteilen. Einer zielführenden Überprüfung des Verfahrens und der möglicherweise fehlgeleiteten Lenkung von Landesmitteln in diesem Bereich verschließt sich die Landesregierung. Es entsteht bei allen Kennern des Systems der Eindruck, dass es hier eher um eine spektakuläre Förder-summe geht als um die Sprachfähigkeit der Kinder.

Dabei liegen die Erfordernisse im Bereich der frühkindlichen Bildung klar auf der Hand:

- Die Beitragsfreiheit für ein Kindergartenjahr wäre ein wichtiges Signal für den Stellenwert dieses Bildungsbereichs.
- Die Qualifikation aller Fachkräfte muss verbessert werden. Systematisch müssen die Transfers zwischen Praxis und Theorie aber auch innerhalb von Praxis und Theorie verbessert werden, das Berufsfeld schrittweise akademisiert werden.
- Ziel muss es dabei sein, die pädagogische Qualität zu erhöhen. Das kann nur gelingen, wenn für alle beteiligten Berufsgruppen realistische Perspektiven entwickelt werden.
- Beim Ausbau der Plätze für unter Dreijährige muss der Elternwille uneingeschränkt umgesetzt werden. Die Landesregierung muss für den Ausbau der Angebote die Verantwortung übernehmen und darf sie nicht auf die Kommunen abschieben.

- Kommunen sollten darin unterstützt werden, für alle niedrigen Einkommensgruppen eine Beitragsfreiheit zu erreichen und besondere Maßnahmen zur Erreichung einer höheren Kindergartenbesuchsquote einzuleiten.

Rheinland-Pfalz macht es uns vor, wie gleichzeitig die Qualität gesteigert werden kann, die U3-Betreuungsquote rasant ansteigt und die Eltern von Beiträgen befreit werden können. Das liegt vor allem daran, dass unsere südlichen Nachbarn kontinuierlich seit 2005 ihre Ausgaben für die frühkindliche Bildung in großen Schritten gesteigert haben. Sie summieren sich auf nunmehr über 90% gegenüber 2005. Nordrhein-Westfalen hat nach der Regierungsübernahme von schwarz-gelb zunächst einmal zwei Jahre lang die Ausgaben in diesem Bereich gesenkt und dann versucht, ab 2008 aufzuholen. Herausgekommen ist dabei eine Gesamtsteigerung von etwas mehr als 30% seit 2005. Kein Wunder, dass NRW bundesweites Schlusslicht ist.

Landesjugendplan

Das Kinder- und Jugendfördergesetz wurde entgegen der vorherigen Absichtserklärung aller Parteien niemals in der vorgesehenen Höhe von 96 Millionen Euro umgesetzt. Die Landesregierung bleibt seit Jahren um ca. 16 Millionen Euro unter dem ursprünglich vorgesehenen Ansatz. Dies ist vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen in diesem Bereich unglaublich. Die Verbände können kaum noch ihren Bestand sichern und sollen gleichzeitig als Partner der Ganztagschulen auftreten und sich gegenüber Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund öffnen. Sie müssen ständig ihre Wirksamkeit nachweisen und bangen immer wieder um die Bewilligung von Projektanträgen. Hier ist ein Umsteuern der Landespolitik dringend nötig. Dies betonen auch alle Expertinnen und Experten, die immer wieder den Stellenwert der non-formalen Bildung für die Entwicklung der Jugendlichen hervorheben.

3. Schule und Weiterbildung

The same procedure as every year. Wieder einmal versucht die Landesregierung mit der Präsentation des Einzelplans 05 von zwei zentralen Merkmalen ihrer Schul- und Weiterbildungspolitik abzulenken: Erstens von ihren Pleiten, Pech und Pannen (das peinliche Pannenabitur 2008, das Kopfnotenchaos, die Ganztags-Luftnummer und das ewige Hauptschulmärchen sollte hier als Stichworte reichen) und zweitens von ihren gebrochenen Versprechen.

Sommerjubiläum ohne Grund

Ihre Haushaltszahlen bejubelt Ministerin Barbara Sommer gern. Richtig, der Einzelplan 05 wächst. Doch schauen wir genauer hin. Der Hinweis auf die Steigerung um 569 Mio. Euro hört sich gut an, aber rechnet man die Steigerungen der Versorgungsleistungen (plus ca. 248 Mio. Euro) und die der Beihilfen (18 Mio. Euro) zusammen, macht das zusammen 266 Mio. Euro. Dies entspricht rund 47 Prozent bzw. rund der Hälfte der Gesamtsteigerung.

Das alles ficht Frau Sommer nicht an. Stolz verweist sie darauf, dass seit 2005 der Schuletat um 2 Milliarden Euro angewachsen sei. Die Zahl stimmt und belegt: Frau Sommer ist wieder halbwegs sicher im Zahlenraum von eins bis zehn. Im Interview der BILD-Zeitung vom 18.06.2009 hat sie nämlich noch behauptet: „Die Schulen in unserem Land bekommen jährlich 1,4 Milliarden Euro mehr als noch vor dem Regierungswechsel.“ Würde das stimmen, wäre der Einzelplan 05 schon 2006 um 1,4 Milliarden Euro angestiegen. Der Zuwachs in 2006 betrug aber lediglich 0,3 Mrd. Euro. Auch 2007 und 2008 wurden die 1,4 Milliarden nicht erreicht. Erst 2009 konnte der von Frau Sommer verkündete Zuwachs verzeichnet werden.

Aber zurück zu den 2 Milliarden. In der Pressemitteilung von 16. September 2009 wird diese Summe stolz verkündet und anschließend die „wichtigsten“ Einzelmaßnahmen erläutert. Überschlägt man die Summen für diese Einzelmaßnahmen zeigt sich, dass für neue Lehrerstellen, Investitionen in den Ganztags, neuen Referendarstellen, Fortbildung, Reisekosten und für Ersatzschulen seit 2005 insgesamt rund 727 Millionen Euro ausgegeben wurden. Rechnet man die 180 Millionen Euro (!) für die Ersatzschulen heraus, verbleiben für die öffentlichen Schulen noch 547 Millionen Euro. Von der stolz verkündeten Summe bleibt also nur ein Viertel übrig. Doch was ist mit dem Rest? Die Antwort hierauf bleibt die Landesregierung schuldig. Das ist verständlich, müsste sie doch ansonsten einräumen, dass der Einzelplan systembedingt – er besteht fast nur aus Personalkosten – anwächst. Allein die Versorgungs- und Beihilfenkosten sind seit 2005 um rund 800 Millionen Euro gestiegen. Die Kosten für Gehaltssteigerungen kommen noch hinzu. Unterm Strich gilt: Frau Sommer haut mächtig auf den Putz. Dabei verschweigt sie, wie sich die 2 Milliarden Euro konkret zusammensetzen. Man darf sie ruhig Ministerin für Intransparenz und Zahlendreherei nennen.

Stellen geben keinen Unterricht

Auch bei den Lehrerstellen wird eine neue Zahl präsentiert. So seien seit 2005 insgesamt 7.874 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden. Hört sich gut an, aber diese Stellen stehen eben nicht zusätzlich für die Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Von den 7.874 entfallen nämlich 4.100 Stellen auf den Ganztags und 900 Stellen für den Vertretungspool an den Grundschulen. Nimmt man dann noch zur Kenntnis, dass für neue Aufgaben (Vorziehen des Einschulungsalters, Englisch in der Grundschule, Ausbau der Stundentafel in der Sek. I w.g. dem Abitur nach 12 Jahren etc.) natürlich auch Lehrerinnen und Lehrer benötigt werden, bleibt für die angeblich verbesserte Unterrichtsversorgung nicht viel übrig.

Und es kommt noch schlimmer: Mit unseren kleinen Anfragen, mit denen wir die Lehrerversorgung an allen Schulen im Land hinterfragten, haben wir aufgezeigt: Seit 2005 führt diese Landesregierung die Menschen in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Unterrichtsversorgung an den Schulen systematisch hinters Licht. Die Jubelarien über die vielen auf dem Papier neu geschaffenen Lehrerstellen helfen den Schulen nicht weiter. Stellen geben keinen Unterricht. Lehrkräfte geben Unterricht. Und die fehlen in Nordrhein-Westfalen. 5.000 Stellen sind an 3.200 Schulen in NRW - nach eigenen Angaben der Landesregierung - unbesetzt. Das bedeutet, dass allein dadurch 5 Millionen Stunden Unterricht jährlich ausfallen. Der weitere Unterrichtsausfall, der sich durch Krankheit, Vergabe von Kopfnoten etc. ergibt, nicht mitgerechnet. Der Ministerpräsident hat sein zentrales Wahlversprechen zur Unterrichtsgarantie gebrochen. Gleiches gilt im Übrigen für das Versprechen, dass die Klassen kleiner würden. Immer noch sitzen rund 450.000 Schüler und Schülerinnen in Klassen mit 30 und mehr Mitschülern und Mitschülerinnen.

Schnee von gestern ist die Aussage der Landesregierung: „Klar ist auch, dass die neue Landesregierung alle Lehrerstellen, die durch zurückgehende Schülerzahlen zur Verfügung stehen, im Schulbereich erhalten wird.“ (Pressemitteilung des MSW vom 22.03.2006) Wenn dem so wäre, warum wurden dann rund 1.300 sogenannte kw-Stellen abgebaut. Die SPD hat vor diesem Hintergrund einen Haushaltsantrag in Höhe von rund 65 Millionen Euro gestellt, damit diese gestrichenen Stellen wieder eingerichtet werden können.

Das ganze Dilemma der schwarz-gelben Schulpolitik hat – man reibt sich die Augen – die CDU-Landtagsfraktion mit einer eigenen Umfrage zur Bildungspolitik selbst bescheinigen lassen: Auf der TOP Ten sind die größten Probleme, die Eltern an Schulen in NRW beklagten: Platz 1: zu wenig Lehrer = 84%, Platz 2: zu viel Stundenausfall = 73%, Platz 3: zu große Klassen = 70%.

Ganztagsprogramm der Landesregierung: Zu spät und unzureichend

In 2009 startet die Landesregierung ihre sogenannte „Ganztagsoffensive“. Dieses längst überfällige Ganztagsprogramm greift endlich die Forderung der SPD-Landtagsfraktion auf, allerdings unzureichend. Im Gegensatz zum Programm „Investition Zukunft Bildung und Betreuung“ der ehemaligen SPD-geführten Bundesregierung, das nur einen Eigenanteil der Kommunen von 10 Prozent vorsah, müssen die Kommunen nun mindestens 50 Prozent übernehmen. Außerdem stellt die Landesregierung pro Schule maximal 100.000 Euro bereit. Eine völlig realitätsferne Summe, da Fachleute z.B. den Bau einer Mensa (ohne eigene Küche) mit rund 750.000 bis 1.500.000 Euro beziffern. Die Begrenzung des Investitionsprogramms auf zwei Jahre wird dem bestehenden und dem noch erwachsenden Bedarf in keiner Weise gerecht.

Mehr Geld für die Offene Ganztagsgrundschule dringend nötig

Im Februar 2009 machten die Wohlfahrtsverbände Ministerpräsident Jürgen Rüttgers darauf aufmerksam, dass sie in breiter Kooperation mit dem Land und den Kommunen wesentlich zur Entwicklung der Offenen Ganztagsgrundschule beigetragen haben, jetzt aber vor einem zentralen Problem stehen. Komme es nicht zu einer Erhöhung der Zuschüsse seitens des Landes, müsse aufgrund notwendiger Tarifanpassungen auf Kosten der Qualität eine Kostenreduzierung vorgenommen werden. Vor diesem Hintergrund plädierten die Wohlfahrtsverbände für eine Verbesserung der Pauschalwerte bereits für das Haushaltsjahr 2009, die jedoch nicht erfolgte. Um es den Wohlfahrtsverbänden sowie den anderen Trägern zu ermöglichen, ihre Arbeit in den Offenen Ganztagsgrundschulen bei gleich hoher Qualität weiterhin zu tun, muss der Haushaltsansatz erhöht werden. Die SPD fordert eine Erhöhung des Ansatzes um rund 17 Millionen Euro.

Keine Korrektur der im letzten Jahr vorgenommenen Kürzungen bei der Weiterbildung

Vorgeschichte: CDU und FDP haben Rot-Grün in der Vergangenheit massiv dafür kritisiert, dass die Weiterbildungsmittel reduziert wurden. Rot-Grün hat die damaligen Kürzungen (insgesamt 15,6 Mio. bzw. 13,7 %) aufgrund des Konsolidierungsdrucks vorgenommen, aber auf die Jahre 2004/2005 beschränkt. Noch während der Weiterbildungskonferenz 2005 sprach sich Schwarz-Gelb für eine Erhöhung bzw. Rücknahme der alten Kürzungen aus. Insbesondere die CDU hatte sich vor der Landtagswahl sogar per Antrag aus dem Fenster gehängt und die Rücknahme der Kürzungen versprochen (Drs. 13/6949). Schon mit dem Haushalt 2006 wurde die Regierungskoalition wortbrüchig (- 5,3 Mio. Euro). Richtig zugeschlagen hat Schwarz-Gelb aber in 2007: Die Mittel wurden um 8,2 Mio. Euro gekürzt. Diese Kürzung wird auch in 2010 fortgeschrieben. Bei dem ausgewiesenen Aufwuchs von rund 2 Millionen Euro bei den Mittel nach dem Weiterbildungsgesetz handelt es sich nicht um „frisches Geld“, sondern um eine Steigerung, die sich aus den gesetzlichen Ansprüchen ergibt. Die SPD fordert die Erhöhung der Weiterbildungsmittel um acht Millionen Euro. Sie greift damit eine Forderung der Weiterbildungseinrichtungen bzw. der sie vertretenden Organisationen auf.

4. Arbeit, Gesundheit und Soziales

Wohlfahrtspflege und Ehrenamt

Die Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege werden mittelfristig durch eine Entwicklung bedroht, auf welche die Landesregierung erkennbar keine Antwort hat, aber darüber hinaus auch ganz offensichtlich keine Antwort geben will: Nach wie vor bleibt die grundsätzliche Frage ungelöst, wie die Landesregierung bei insgesamt rückläufigen Glücksspieleinnahmen sicherstellen will, dass die Freie Wohlfahrtspflege auch in Zukunft in die Lage versetzt wird,

die subsidiären Aufgaben im Bereich der Sozialpolitik zu auszuführen. Die Landesregierung handelt hier grob fahrlässig!

Insgesamt benötigt soziale Arbeit in vielen Arbeitsfeldern zusätzliche Ressourcen, um mit Hilfe des Bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe den vielschichtigen Problemen vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes (etwa Armut, Ausgrenzung, Pflegenotstand, Integration, mangelnde Prävention im Gesundheitsbereich, mangelnde Bildungsunterstützung) qualifiziert und durch die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe begegnen zu können. Die geringe finanzielle Ausstattung geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, für die es nur noch eingeschränkt Schulungen, Fortbildungen und Qualifizierungen geben kann. Damit wird den Ehrenamtlichen und Freiwilligen auch die Möglichkeit genommen, ihre oftmals sehr anstrengenden sozialen Tätigkeiten zu unterstützen und damit wertzuschätzen. Wir brauchen aber eine nachhaltige Förderstruktur, die eine verlässliche Dienstleistung für die Engagierten bietet. Wir wollen Modellvorhaben, um eine verbesserte, neue und sich verändernde Kultur des Ehrenamtes zu fördern. Deshalb muss die vorhandene Infrastruktur stabilisiert und neue Strukturen dort geschaffen werden wo es notwendig ist. In diesem Zusammenhang müssen auch die Finanzierungsgrundlagen der Verbände auf ein solides Fundament gestellt werden. Auch hier gefährden die seit Jahren rückläufigen Erlöse aus Wett- und Glücksspielerträgen auf Dauer die Aufgabenerfüllung bei den Verbänden und damit auch die Förderung und Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement.

Der Appell allein, dass Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt engagieren sollen, reicht nicht aus. So wird der Umfang des Engagements auf Dauer nicht zu steigern sein, sondern führt zu Verdruss sowie zu Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusten. Alleine den CDA-Vorsitzenden zum Minister zu machen, führt nicht zu einer modernen Sozialpolitik – ganz im Gegenteil lässt seine Tatenlosigkeit den Etikettenschwindel umso deutlicher hervortreten: Diese Landesregierung blinkt links und biegt nach rechts ab.

Krankenhausförderung

Die Krankenhausversorgung ist das zentrale landespolitische Handlungsfeld in der Gesundheitspolitik. In 2009 wurde ein großer Teil der in der Vergangenheit bewilligten Einzelförderungen ausfinanziert und gleichzeitig in wachsendem Maße auf die Baupauschale umgestellt. Damit bleibt aber die zentrale Frage, wie man vor dem Hintergrund eines fortschreitenden Wettbewerbs zwischen den Krankenhäusern eine flächendeckende, am Wohl der Patienten orientierte stationäre Versorgung sichergestellt, ungelöst.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, endlich die seit Regierungsübernahme brachliegende Krankenhausplanung an die aktuelle Bevölkerungsentwicklung, den medizinisch-technischen Fortschritt, das sich verändernde Zusammenspiel der verschiedenen ambulanten-, teil- und vollstationären Angebote sowie an die bundesweiten Reformüberlegungen im Krankensektor anzupassen – und vor allem überhaupt in Angriff zu nehmen. Dabei muss insbesondere festgelegt werden, wie trotz der von der Landesregierung angekündigten Abschaffung der Planung von Teilgebieten wie auch der Abschaffung der Schwerpunktplanung eine entsprechende flächendeckende Versorgung insbesondere in den Disziplinen sichergestellt werden kann, in denen es geringe Fallzahlen gibt. Die Landesregierung muss also erklären, wie sie trotz dieser fehlenden Planungstiefe im Rahmen ihrer Letztverantwortung für die Krankenhausplanung auch in Zukunft die Daseinsvorsorge und den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu wohnortnahen Kliniken sicherstellen will.

Kinder- und Jugendpsychiatrie

In kaum einem anderen medizinischen Teilgebiet gibt es eine so dramatische Unterversorgung wie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Eine neuere groß angelegte epidemiologische Studie des Robert-Koch-Instituts im letzten Jahr hat gezeigt, dass in unserem Lande

etwa 20 % der Kinder psychische Auffälligkeiten aufweisen; bei rund 10 % werden behandlungsbedürftige seelische Störungen festgestellt – Angststörungen, Depressionen, ADHS und Störungen des Sozialverhaltens. Das sind absolut gesehen ca. 250.000 in NRW. In der Anhörung "Psychiatrie in NRW" am 31. Januar 2007 berichtete der ärztliche Direktor des westfälischen Instituts in Hamm, dass derzeit nur ca. 10 % der behandlungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen kinder- und jugendpsychiatrisch sowie kinder- und jugendpsychotherapeutisch adäquat versorgt werden. In vielen Regionen bestehen Wartezeiten von sechs Monaten. Dieser Befund wurde auch in der Anhörung zum Themenbereich "psychiatrische und psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen in NRW" am 30. September 2009 nachdrücklich bestätigt.

Hier besteht sofortiger und dringlicher Handlungsbedarf, sowohl die ambulante wie auch stationäre Versorgung zu verbessern. Die geeigneten Instrumente sind gemeinsam mit den entsprechenden Gremien der Selbstverwaltung zu entwickeln.

Pflegepolitik

Wir sehen in der Altenpflege einem drohenden Pflegepersonalmangel entgegen, der als noch wesentlich höher eingeschätzt wird als der Personal­mangel der frühen 90er Jahre. In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 19. August 2009 zum Antrag "Pfle­genotstand verhindern – Altenpflegeausbildung für mehr Fachkräfte!" haben die eingeladenen Sachverständigen diese Problemlage mit bemerkenswerter Einigkeit festgestellt. Übereinstimmend haben mehrere Sachverständige deshalb die Notwendigkeit eines umfassenden Pflegekräfte-Monitorings beschrieben. Nach der Anhörung ist die Landesregierung unserer Forderung gefolgt, dieses Instrument zu ergreifen, um die zukünftigen Bedarfe besser planen zu können. Die Landesregierung ergreift aber nach wie vor kein Instrument, die dazu führen, dass nun auch unmittelbar mehr Menschen eine Ausbildung zum Altenpfleger oder zur Altenpflegerin ergreifen. Damit werden wertvolle Jahre für die Gewinnung zukünftiger Fachkräfte untätig verschenkt.

Arbeitsmarktpolitik

Seit 2005 ist der Haushalt für die Landesarbeitsmarktpolitik um satte 60 % gesunken. Die gesamte Landes-Arbeitsmarktförderung ist fast ausschließlich über Mittel des Europäischen Sozialfonds finanziert. Dies hat zur Konsequenz, dass alle Projekte einer Kofinanzierung bedürfen. Der wesentliche Teil der Kofinanzierung wird über die Grundsicherung für Arbeitssuchende abgewickelt. Hier entsteht zwangsläufig eine Abhängigkeit von den bundesarbeitsmarktpolitischen Instrumenten des SGB II. Die Bedürfnisse der Langzeitarbeitslosen vor Ort wurden im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Rahmen der Gesetzgebung wiederholt deutlich gemacht. Das Land beschränkt sich in unverantwortlicher Art und Weise in seinen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Abkehr der Förderung von besonders benachteiligten Zielgruppen auf sogenannte Programmlinien erweist sich, vor allem auf dem Hintergrund einer getrennten Trägerschaft des SGB II, als Nachteil für Betroffene und Kommunen. Bei den prognostizierten steigenden Arbeitslosenzahlen, insbesondere im SGB II-Bereich erweist sich erneut die Streichung der Mittel für Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen als sozialpolitischer Kahlschlag zu Lasten der betroffenen Menschen.

Die Machtlosigkeit und Gestaltungsarmut des Landes wird besonders deutlich im aktuellen Streit um die Neuordnung des SGB II. Der für richtig erkannte Weg, nämlich für eine Verfassungsänderung einzutreten, wird auf dem Altar der schwarz-gelben Koalition in Berlin geopfert. Dies kann und darf nicht der Preis für "Keine Zumutungen bis zum 9. Mai" sein. Dies ist letztendlich eine Zumutung und ein Rückschritt in die Zeit vor 2005. „Leistungen aus einer Hand“, das Kernstück der Reform, wird wider besseres Wissen zum Schaden der rd. 1,6 Millionen Leistungsempfänger in NRW aufgegeben.

Der "Bildungsscheck" als Arbeitsmarkt-Instrument eines "lebenslangen Lernens" könnte sinnvoll sein, wenn er bildungsferne Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellen würde, erscheint aber bei näherer Betrachtung strategielos eingesetzt. Eine tatsächliche Ausrichtung im Sinne einer Entwicklung von "Humanressourcen" ist im Effekt nicht erkennbar. Auch in der beruflichen Weiterbildung ist kein Konzept der Landesregierung erkennbar.

Dem kritischen Übergang vom Schulsystem in den Beruf stellt sich die NRW Landesregierung nicht. Ein unsortiertes Nebeneinander von Schul- und Arbeitsministerium steht dem Ziel eines effektiven Übergangs entgegen. Es findet keine Koordinierung statt, die die tatsächliche Situation vor Ort in sinngerechte Anwendungsmöglichkeiten versetzt. Die Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung, das Ziel die Warteschleifen in den Kreisen und kreisfreien Städten zu minimieren, lehnte schwarz-gelb ab. Präventivmaßnahmen im Sinne der Jugendlichen zu ergreifen, weigert sich die Koalition.

Die reale Situation der tatsächlichen Ausbildungsplätze und die Zahl der sich in Warteschleifen befindlichen Jugendlichen wird nach wie vor in Statistiken verschleiert. Auch einem Umdenken hin zu einer echten statistischen Auswertung gemäß der Verlaufsbeobachtung verweigert sich die Koalition.

Bei der Jugendarbeitslosigkeit ist das Landesarbeitsmarktprogramm nicht in der Lage, eigene Akzente zu setzen. Für ein Sonderprogramm Ausbildung, wie es die SPD forderte, ist in diesem Haushalt kein Geld da. Das Problem der Jugendperspektivlosigkeit lässt sich jedoch durch Aussitzen nicht lösen. Und der Bund wird es mit seinen Arbeitsmarktinstrumenten auch nicht lösen.

5. Innen

Die schwarz-gelbe Koalition ist mit dem Versprechen angetreten, sie werde die Anwärterzahlen bei der Polizei verdoppeln. Dieses Versprechen ist einkassiert worden. Die SPD hat gefordert und gedrängt, dass die Zahl der Polizeianwärter verdoppelt wird. Das ist dann endlich 2008 passiert. Dies geschah zu spät, weil für die Zukunft kein wirklicher Effekt auf die Entwicklung bei der Altersstruktur zu spüren ist. Gleichzeitig hat es die Regierung verstanden, vor der Öffentlichkeit zu verbergen, dass über die ganzen Jahre deutlich Personal bei der Polizei abgebaut wurde. Die Gewerkschaft der Polizei hat die Bilanz für Schwarz-Gelb aufmacht, wenn es um die Polizei geht.

Im Jahr 2005 gab es 39.457 Polizeibeamte und im Jahr 2010 soll es 38.436 geben. Die besondere Leistung dieser Landesregierung für die innere Sicherheit liegt also darin, dass sie in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb gegenüber Rot-Grün 1.021 Polizeistellen in Nordrhein-Westfalen abgebaut hat. Dieser Abbau betrifft nur die Beamten

Im Bereich der Tarifbeschäftigten ist ebenfalls ein Stellenabbau festzustellen. In der Regierungszeit von Rot-Grün ist versucht worden, die Zahl der Tarifbeschäftigten zu erhöhen. Dies geschah, um qualifizierte und motivierte Polizeibeamte von Verwaltungstätigkeit zu entlasten. Während es im Jahr 2005 insgesamt 5.981 Tarifangestellte im Bereich der Polizei gab, wird es im Jahr 2010 noch 5.579 geben. Im Tarifbereich hat es folglich einen Abbau von 402 Stellen gegeben.

Dieser Stellenabbau führt zu einem klaren Ergebnis: Es gibt weniger bürgernahe Polizei. Es wird nicht mehr gefahndet, sondern bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen wird mehr verwaltet als jemals zuvor.

Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag der CDU zu bewerten, eine Angestelltenhilfspolizei einzuführen. Auf die Stellen bei der Polizei bezogen bedeutet der Vorschlag, angestellte Hilfskräfte einzustellen, nichts anderes, als bei den ordentlichen Tarifbeschäftigten und bei den Polizeibeamten zu sparen.

Ministerpräsident Rüttgers hat den Beamtinnen und Beamten des Landes versprochen: 1:1 wird Nordrhein-Westfalen den Tarifabschluss für die Beamten übernehmen. Davon ist kurze Zeit später keine Rede mehr gewesen. Das war Vertrauensbruch. Die schwarz-gelbe Koalition hat die Politik der Sonderopfer im öffentlichen Dienst fortgesetzt.

Ein weiteres die Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen beunruhigendes Thema ist die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. In der Presse war ein Satz zu lesen, der vom Bund der Kriminalbeamten stammte: Der Innenminister bekämpft nicht die Kriminalität, sondern die Kriminalpolizei. Dieser Satz wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis, das der oberste Dienstherr zur Polizei insgesamt, im Besonderen aber zur Kriminalpolizei pflegt.

Der Satz hat gute Gründe, wenn man sich die Aktivitäten des Innenministers nach dem Sechsfachmord in Duisburg anschaut. Man muss feststellen, dass der Innenminister eine bemerkenswerte Dickfelligkeit im Hinblick auf die Bekämpfung der Mafiakriminalität aufweist. Bis heute ist da überhaupt nichts zu erkennen.

Und in dem Konflikt zweier Rockergruppen musste wieder erst etwas passieren, ehe der Innenminister wach wurde. Dann folgte einerseits Aktionismus und andererseits Hilflosigkeit. Zu Recht ist gefragt worden, was eigentlich wirksame Maßnahmen wären, um in Nordrhein-Westfalen das Geschehen in offensichtlich bestehenden rechtsfreien Räumen wirkungsvoll polizeilich zu bekämpfen. Bis heute kann der Innenminister keine Antwort darauf geben.

Daraus ist folgendes Fazit zu ziehen: Die Dunkelfeldkriminalität wird, seitdem Schwarz-Gelb regiert, kaum noch bekämpft. Das Ziel der Regierungspolitik liegt darin, die Fallzahlen zu reduzieren und die Statistik zu schönen. Diese Politik wird bewusst vorrangig in Deliktsfeldern wie der Einbruchs- und Raubkriminalität eingesetzt, um gute Zahlen in der Statistik zu erzielen. Vernachlässigt wird aber bewusst der komplizierte Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität, gegen die Computerkriminalität und gegen die Wirtschaftskriminalität, also die besonders sozialschädlichen Formen von Kriminalität. Schwarz-Gelb tritt mit einem Programm an, das „Null Toleranz“ bei den Kleinkriminellen verspricht. Es ist zu wünschen, dass der Innenminister und die gesamte Koalition endlich auch einmal „Null Toleranz“ zur organisierten Kriminalität von Rockerbanden, der Mafia oder anderen Gruppen.

6. Rechtspolitik

Auch im Jahr 2009 bleibt es bei der Feststellung: Frau Justizministerin Müller-Piepenkötter steht in der Verantwortung für den Ansehensverlust der nordrhein-westfälischen Justiz. Die Stichworte lauten im Jahr 2009: Freigelassene Kinderschänder in Mönchengladbach und Ausbruch zweier gefährlicher Schwerverbrecher aus der JVA Aachen.

Ebenso bleibt es bei unserer Feststellung: das Wahlversprechen von CDU und FDP, eine angemessene Personalausstattung in der Justiz zu schaffen, wird nicht erfüllt. Die Zahl der Stellen für planmäßige Beamte und Richter, für beamtete Hilfskräfte und der Arbeitnehmer in der ordentlichen Gerichtsbarkeit lag im Jahr der Regierungsübernahme 2005 bei 21.401, während sie im Jahr 2010 bei 20.195 Stellen liegen wird.

7. Wissenschaft

Im Jahr 2010 steigt der Wissenschaftshaushalt um 3,8 Prozent. Dieses Wachstum ist aber leider nicht auf neue Schwerpunktsetzung der Landesregierung zugunsten von Bildungspolitik zurückzuführen, sondern strukturell bedingt, da der Finanzierungsbedarf von Bund-Länder-Mischaufgaben ansteigt - z.B. durch die von der SPD durchgesetzte BAföG-Erhöhung oder den Hochschulpakt 2020. Das Engagement der Bundesregierung der großen Koalition bis hin zu den Ergebnissen beim Konjunkturpaket II – ist zu begrüßen. Die Landesregierung kann hier nicht Schritt halten. Sie profitiert vom Engagement des Bundes, von den Studiengebühren der Studierenden, so dass das Mehr von rund 600 Millionen, das seit 2005 den Hochschulen nach Angaben von Minister Pinkwart zur Verfügung steht, im Wesentlichen fremdfinanziert ist.

Ursache ist, dass sich das Land durch falsche Gesetzgebung im Hochschulbereich der eigenständigen Profilierungsmöglichkeiten selbst beraubt hat, die aber unabdingbar sind, wenn man mehr Exzellenz erreichen will. Nordrhein-Westfalen wird zunehmend zum Trittbrettfahrer. Minister Pinkwart hat hier alles auf die Karte "Innovationsfond aus Privatisierungserlösen" und die damit verbundene Kofinanzierung durch Ziel-2-Mittel gesetzt. Die Ergebnisse sind hier bisher jedoch mehr als dürftig. Auch in 2010 stellt sich die Frage, um welche Privatisierungserlöse es sich handelt.

Zudem werden dringende Probleme im Hochschulbereich nicht angegangen. Der steigende Fachkräftemangel, der Rückgang der Studierendenquoten, die fehlenden Wohnheimkapazitäten, der schneckenhafte Ausbau der Studienplätze sind nur einige Beispiele für den täglich wachsenden Turm unerledigter Hausaufgaben, dessen Höhe und Einsturzgefahr mit jedem Tag wächst. Die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse gefährden die Qualität unserer Hochschulen zusätzlich.

Langfristig schlimmer noch wirken die nicht gehaltenen Versprechen des Ministers. Hier einige der traurigen Beispiele:

Die Innovationskraft des Landes soll gestärkt werden, aber gleichzeitig werden die erfolgreichsten Forschungsinstitute in NRW, die Titelgruppe-73-Institute, schleichend aufgelöst.

Der Studienstandort NRW soll international attraktiver werden, aber gleichzeitig werden statt der angekündigten 3,1 Millionen Euro in Folge der Schließung der Studienkollegs nur 2,4 Millionen Euro zur Förderung von ausländischen Studierenden eingestellt.

Die Studiengebühren sollten durch Stipendienprogramme abgedeckt werden, aber das Engagement der Privatwirtschaft steht auf dem Prüfstand. Es werden zwar 8,1 Millionen eingeplant. Inwieweit die Privatwirtschaft nachzieht, steht in den Sternen. Fakt ist, dass im Moment nach Angaben der Landesregierung 1400 Studierende gefördert werden, was bei 460.000 Studierenden einem Anteil von 0,3 Prozent entspricht. Angekündigt waren 10 Prozent.

8. Wirtschaft

Der Haushalt der Wirtschaftsministerin schrumpft kontinuierlich. Die Kohlesubventionen sind von 2006 auf 2010 um 147 Mio. Euro gesunken. Dieses Geld nutzt der Finanzminister, um damit seinen Schuldenhaushalt zu flicken. In der gleichen Zeit von 2006 bis 2010 sind die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung von 335 Mio. Euro auf 330 Mio. Euro gesunken. Von den eingesparten Kohlesubventionen kommt nichts in anderen Programmen an. Gleichzeitig sind von 2006 bis 2010 die Mittelzuflüsse aus Bundes- und Europaprogrammen sogar

um über 60 Mio. Euro gestiegen. Die Regierung Rüttgers spart im Gegenzug Landesmittel ein. Die Mittelansätze der Landesmittel für die Wirtschaftsförderung sind von 2006 bis 2010 um 66,1 Mio. Euro gesunken. Das ist ein Minus von 44 Prozent.

Das Ziel-2-System, das die schwarz-gelbe Landesregierung gegen den Rat von allen Seiten eingeführt hat, ist zu teuer, intransparent, aber vor allem zu langsam - die Impulse kommen gerade jetzt in der wirtschaftlichen Situation in den Unternehmen nicht an. Dies hat ein aktueller Bericht aus der Praxis belegt. Der Landrat des Kreises Coesfeld weist seinen Kreistag darauf hin, dass die Antragsverfahren extrem kompliziert seien. Ohne eine professionelle Unterstützung würde sich die Zielgruppe der kleinen und mittleren Unternehmen nicht an den Verfahren beteiligen. Ohne Hilfe bestünde keine Akzeptanz bei der Zielgruppe, denn die Verfahren seien sehr komplex, die Anträge hätten einen erheblichen Umfang und die Zeitabläufe seien lang. Der Kreistag des Kreises Coesfeld hat deshalb für 2010 und 2011 insgesamt 70.000 Euro bewilligt, um eine Projektstelle Clustermanagement zu finanzieren.

Die schwarz-gelbe Landesregierung gestaltet die Ziel-II-Förderung also so kompliziert, dass die Kommunen eigenes Geld in die Hand nehmen müssen, damit Licht in Ihr Förderchaos gebracht wird.

Eine Studie im Auftrag der Wirtschaftswoche belegt das Scheitern der Regierung Rüttgers in der Wirtschaftspolitik in knallharten Zahlen:

- NRW belegt im Dynamik-Ranking den vorletzten Platz (Platz 15)
- Die Regierung Rüttgers hat NRW bei der Dynamik aus dem gesicherten Mittelfeld auf einen Abstiegsplatz geführt. Unter Schwarz-gelb ist NRW in den letzten 4 Jahren um vier Plätze zurück gefallen - ein Beleg falscher Wirtschaftspolitik.

Klimaschutz und Energie Landesregierung ohne Klimaschutzkonzept für NRW

Im Mai 2008 hat die Landesregierung eine Klimaschutzstrategie vorgelegt, die den Namen nicht verdient. Seit dem ist die schwarz-gelbe Landesregierung auf dem Rückzug und sucht nach Schuldigen und Ausreden dafür, dass sie beim Klimaschutz auf der ganzen Linie versagt. Im Umweltbericht versucht die Landesregierung den Eindruck zu erwecken, als würden die CO₂-Emissionen sinken; tatsächlich sind die Emissionen von 2005 - 2007 aber um 8 Mio. Tonnen CO₂ gestiegen. Von ihrem eigenen Ziel, die Emissionen bis 2020 um 81 Mio. Tonnen CO₂ senken zu wollen, ist die Landesregierung meilenweit entfernt.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch haarsträubende Fehler zu verantworten, dass ein hochmodernes Kohlekraftwerk in Datteln droht, zu einer Industrieruine zu werden. CDU und FDP wollen jetzt gegen den Widerstand der SPD den Paragraphen 26 des Landesentwicklungsprogrammgesetzes streichen, der den bevorzugten Einsatz erneuerbarer Energien, heimischer Braun- und Steinkohle sowie die Kraft-Wärme-Kopplung vorschreibt. Es ist offensichtlich, dass dieses Herumfummeln am Planungsrecht dem E.ON-Kraftwerksprojekt Datteln nicht helfen wird, der Zukunft der gesamten Energiewirtschaft in ganz NRW und dem Ansehen Nordrhein-Westfalens als Energieland Nr. 1 aber schwer schaden wird.

Steinkohleausstieg schadet NRW

Die Landesregierung täuscht die Öffentlichkeit. Nach wie vor behauptet die Landesregierung, dass eingesparte Steinkohle-Subventionen in den Strukturwandel und in Innovationen investiert würden. Das trifft aber nicht zu. Dies belegt der Haushaltsentwurf der Energieministerin schonungslos. So wurden in den Haushaltsjahren 2007, 2008, 2009 und 2010 bereits insgesamt ca. 280 Mio. Euro weniger für Steinkohlehilfen etatisiert als 2006, ohne dass diese Mittel in den Strukturwandel oder in erneuerbare Energien investiert wurden.

Dieses Geld muss so, wie es im Koalitionsvertrag versprochen ist, für den Strukturwandel in den Bergbaurückzugsregionen eingesetzt werden. Das muss getan werden, damit die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen gestärkt wird und damit diese Regionen aus der aktuellen Krise gestärkt heraus kommen.

Kahlschlag bei den Erneuerbaren

Zu Recht stehen die erneuerbaren Energien auf der Interseite des Energieministeriums unter Zukunftsenergien. Hier müssten sich "eingesparte" Kohlemillionen finden. Das Gegenteil ist der Fall. Dies trifft besonders die kleinen und mittleren Unternehmen, die hier Unterstützung benötigen. Auch hier keine Spur von den eingesparten Kohlemillionen:

Fazit:

Die Landesregierung hat kein klima- und energiepolitisches Gesamtkonzept. Sie verspielt die Führungsrolle des Energielandes Nr. 1 bei der nachhaltigen Nutzung der heimischen Energien, beim Klimaschutz und bei der Ressourceneffizienz.

9. Umwelt

Beamte bezahlen Wahlversprechen von Schwarz-Gelb

CDU und FDP haben großspurig die Abschaffung des Wasserentnahmeentgelts versprochen. Kurz vor Torschluss ihrer Regierungszeit verabschieden die beiden Fraktionen allerdings eine Verlängerung des Gesetzes. Denn nun sollen die Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt schrittweise zehn Prozent gekürzt werden. Für die zu erwartenden Einnahmehausfälle müssen allerdings die Beamtinnen und Beamten des Landes leiden. Finanzminister Linssen kürzt die Zuführung an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-Westfalen“ und opfert für seine Klientelpolitik das Ziel, die Versorgungsleistungen des Landes auskömmlich zu finanzieren.

Hinzu kommt, dass die Regierung Rüttgers mit der Streichung des Wasserentnahmeentgelts das Maßnahmenprogramm der Wasserrahmenrichtlinie gefährdet. Für die ökologische Sanierung unserer Bäche und Flüsse fehlt nun die Finanzierungssicherheit.

Abschaffung der Jagdsteuer ist Gefälligkeit für schwarz-gelbes Wählerklientel

Auch die Abschaffung der Jagdsteuer ist eine Gefälligkeit der CDU/FDP-Koalition an einen kleinen Teil ihrer Wählerschaft. Den Beweis, dass die Jägerschaft besondere Verdienste im Umwelt- und Naturschutz vorzuweisen hat und deshalb von der Jagdsteuer zu befreien ist, blieb Schwarz-Gelb die ganze Zeit über schuldig. Die Abschaffung zeigt dagegen, dass die Landesregierung mit ihrer Klientelpolitik rücksichtslos die Kommunen belastet. Eine Kompensation für die jährlichen Steuerausfälle in Höhe von über acht Millionen Euro hat die Landesregierung nicht vorgesehen.

Kurzatmige Forstpolitik verhindert Nachhaltigkeit

Mit dem Verkauf von Staatswald in der Eifel hat die Landesregierung gezeigt, dass sie im Bereich der Forstpolitik ohne Plan ist. Der Klimawandel und die verstärkt angestrebte ökonomische Nutzung des Waldes verlangen, dass man heute politische Entscheidungen treffen muss, um die ökologische und ökonomische Zukunft der Wälder zu stärken. Der Orkan Kyrill hat den Menschen in NRW deutlich gemacht, dass die Wälder schon heute Opfer des Klimawandels sind und eines besonderen Schutzes bedürfen. Gerade für NRW gilt: Wälder

dürfen nicht allein der Holzproduktion dienen, sondern sie leisten einen entscheidenden Beitrag für den Klima- und Naturschutz sowie für die Erholung der vielen Menschen im Land NRW.

Allerdings zeigen alle Initiativen der Landesregierung, dass sie in ihrer Forstpolitik nur die kurzfristigen Effekte im Blick hat. Dazu zählen der Verkauf von Staatswald in der Eifel, Holzabsatzverträge mit wenigen ausgesuchten Sägereien oder die ökologisch riskante Nutzung von Biomasse auf Kyrillflächen. Bei dieser kurzatmigen Verfahrensweise werden die ökologischen Basisanforderungen (Forstgesetz) vernachlässigt.

Allianz für Fläche - flächendeckend ohne Wirkung

Die Leistungsbilanz von Umweltminister Uhlenberg ist auch da, wo er sich ambitioniert zeigt, dürftig und substanzlos. Über die letzten Jahre hinweg verkündet er den Flächenschutz als ein besonders wichtiges Projekt seiner Regierungstätigkeit. Die Ergebnisse nach mehr als vier Jahren Regierungstätigkeit sind allerdings negativ. Der jüngst veröffentlichte Umweltbericht zeigt, dass die Bodenversiegelung in NRW in seiner Regierungstätigkeit seit 2005 von 5,2 ha auf 8,5 ha pro Tag, also um fast zwei Drittel, gestiegen ist. Der Flächenverbrauch hat sich von 13 ha auf 15 ha täglich erhöht; das sind 15 % mehr. Hier zeigt sich eindeutig, dass ein politisches Ziel nicht mit Resolutionen, sondern mit Gesetzen und Maßnahmenprogrammen zu erreichen ist.

Schwarz-gelbe Verbraucherpolitik: Kürzen und blenden

Auch in der Verbraucherpolitik bevorzugt die schwarz-gelbe Landesregierung die Symbolpolitik anstelle der Lösung von Problemen. Durch Pressemitteilung lobt sich Minister Uhlenberg, dass der Agrarausschuss des Bundesrates jetzt auch die Verbraucherpolitik im Titel führt. Das kostet nichts und soll einen guten Eindruck vermitteln. Ein Blick in den Haushalt zeigt dagegen deutlich, dass im Verbraucherschutz seit 2005 gekürzt wird. 2005 betrug die Förderung noch 13,73 Millionen €, heute sind es 11,27 Millionen €. Das ist spürbar weniger Geld für Verbraucherberatung, Information und Hilfe.

Biomasseaktionsplan kraftlos und ohne Energie

Nach zweieinhalb Jahren Ankündigungszeit präsentierten die Minister Thoben und Uhlenberg eine Biomassestrategie, die keine konkreten Maßnahmen und genauen Ziele aufzuweisen hat. Die immer wieder eingeforderte Analyse, wo in NRW welche Ressourcen mit welchem Umfang anfallen, fehlt auch weiterhin. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in ihrer Regierungszeit wertvolle Zeit verschenkt und den Anschluss zu den anderen Bundesländern verloren. Nordrhein-Westfalen liegt deshalb bei den erneuerbaren Energien laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung nur noch auf dem zwölften Platz. Die Chance Biomasse als einen wichtigen Baustein für den Schutz des Klimas zu nutzen und damit zugleich Arbeit und Beschäftigung zu fördern, wurde fahrlässig verspielt.

10. Bauen und Verkehr

Ausverkauf des sozialen Wohnungsbaus!

Gegen eine breite Ablehnungsfront hält die schwarz-gelbe Koalition an ihrem Vorhaben der sogenannten Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW.BANK fest. Ab dem 1. Januar 2010 wird es kein Landeswohnungsbauvermögen mehr geben. Diese 18,6 Milliarden Euro werden dann als gewöhnliches Stammkapital der NRW.BANK allen Ge-

schäftsfeldern der Bank zur Verfügung stehen. Wohin die Mittel fließen, das bestimmen Landesregierung und Bankvorstand. Der Landtag bleibt außen vor.

Dabei sinkt nach Aussagen der Wohnungsbauförderungsanstalt bereits heute das Angebot an Sozialmietwohnungen extrem stark. Nur noch 7,7 Prozent der Mietwohnungen sind sozial gebunden, Tendenz weiter fallend. Und auch die energetische Sanierung und Anpassung an den demografischen Wandel bleibt im sozialen Wohnungsbau weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Jeweils wären sieben Milliarden Euro notwendig, um überhaupt nur ein Mindestmaß der Bestände entsprechend anzupassen.

Dieses Gesetz wird zum 1. Januar 2010 in Kraft treten, ohne dass auch nur eine Mindestfördersumme für den sozialen Wohnungsbau gesetzlich festgeschrieben worden wäre. In der Zukunft wird soziale Wohnraumförderung nach Kassenlage gemacht werden. Planungssicherheit wird es dann nicht mehr geben.

Kommunen - einmal mehr die Verlierer

Nachdem der Verkehrsminister in den letzten Jahren bereits mehrfach den Finanzierungsanteil des Landes bei der Förderung des kommunalen Straßenbaus reduziert hat - mit der Begründung, dann mehr Maßnahmen fördern zu können - wird nun der wahre Grund dieser Maßnahme offenbar: Der Haushaltsentwurf sieht für 2010 nur noch 1,1 Millionen Euro für Investitionsförderung im kommunalen Straßenbau. 2009 lag dieser Ansatz noch bei 6,8 Millionen Euro.

Auch bei der Förderung der rabattierten Schüler- und Ausbildungsverkehre spart schwarzgelb kräftig - und zwar gleich um 24 Prozent. Gegenüber dem Haushalt 2005 haben sich die Unterstützungsmittel für die Schülerbeförderung annähernd halbiert. Insbesondere für den ländlichen Raum wird diese Kürzung deutlich spürbare Auswirkungen auf den ÖPNV insgesamt haben.

11. Kommunen in NRW

Das GFG 2010 - Keine Perspektiven für unsere Kommunen

Die Zuweisungen des Landes, die die Kommunen in 2010 über das GFG erhalten sind weiterhin nicht ausreichend, die strukturellen Defizite der kommunalen Haushalte auch nur annähernd zu beheben. Ebenso wirken sich die im Jahr 2007 durch die Struktur des GFG geänderten finanziellen Mindereinnahmen oder Mehrbelastungen auch auf diesen Haushalt aus. Die Minderung der Schlüsselzuweisungen um 375,1 Millionen Euro ist für die Kommunen unzumutbar. Das Versprechen der Koalition durch eine Reform die Kommunalfinanzen dauerhaft zu konsolidieren, bzw. zu verbessern wird auch durch dieses GFG 2010 wieder nicht eingelöst. Das Gegenteil ist der Fall:

Immer mehr Kommunen in unserem Land geraten in eine bedrohliche finanzielle Abwärtsspirale, aus der sie sich nicht mehr selbst befreien können. In den nächsten fünf Jahren werden fast 90 % der Kommunen in NRW keinen ausgeglichenen Haushalt mehr haben.

Es muss verhindert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt die Leidtragenden sind. Die Landesregierung lässt die Städte und Gemeinden in dieser Situation im Stich. Das verschärft die Gegensätze in diesem Land, statt für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen. Viele Kommunen stecken in einer Vergeblichkeitsfalle - egal wie viel sie auch sparen und kürzen, sie rutschen trotzdem immer weiter in den Finanzabgrund. Diese Vergeblichkeitsfalle muss durchbrochen werden.

Anstatt die Kommune über die Bezirksregierungen zu drangsalieren, sollte schnell und nachhaltig geholfen werden. Es ist erschreckend, dass die Landesregierung diese Dramatik nicht erkennt. Statt zu helfen hat die CDU/FDP-Regierungskoalition seit Amtsantritt 2005 massiv Mittel gekürzt oder vorenthalten und den Städten neue Aufgaben ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich aufgebürdet.

Diese Sündenliste addiert sich inzwischen über 3 Milliarden Euro. Allein die zu viel gezahlten Mittel für den Aufbau Ost machen trotz einiger Rückerstattungen noch 900 Millionen Euro aus. Dieses Geld muss endlich von der Landesregierung zurückgezahlt werden. Um den Kommunen zu helfen, die kaum noch Luft zum Atmen haben, hat die SPD-Landtagsfraktion einen Stärkungspakt Stadtfinanzen vorgelegt. Die Altschuldenproblematik muss dringend gelöst werden.

Der vorliegende Haushalt enthält keinerlei Lösungsansätze für die kommunale Finanzkrise und ist ein Ausweis der Konzeptlosigkeit der schwarz-gelben Landesregierung.

12. Fazit

Schwarz-Gelb hat seine letzte Chance vertan: Auch mit dem Haushalt 2010 wurde kein Schwerpunkt bei den drängenden Zukunftsaufgaben in Nordrhein-Westfalen gelegt. Weder Bildung und Innovation noch Jugend und Familie werden durch mit Haushalt entscheidend vorangebracht. Damit setzt die Koalition den Schlusspunkt unter 5 verlorene Jahre.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Gisela Walsken
Britta Altenkamp
Marc Jan Eumann
Ralf Jäger
Norbert Römer
Ute Schäfer
Rainer Schmeltzer

und Fraktion